Preis 15 ₰

Hamburger Echo

Heute beginnt: Albert Londres: „Schwarz und Weiß" Die Wahrheit über Afrika

Hamburg-Altonaer Volksblatt

Gegründet 1875

Erscheint täglich einmal, außer an 2. Feiertagen. **Bezugspreis,** im voraus zahlbar: Monatlich **2,50** ℳ (einschl. **56** ₰ Zustellungsgebühr), wöchentlich **60** ₰ (einschl. **13** ₰ Zustellungsgebühr). Für Abholer wöchentlich **55** ₰. Durch die Post zu gleichen Bezugspreisen zuzüglich Bestellgeld. Redaktion: Fehlandstr. 11, I. Fernspr.: Sammel-Nr. C 5 Stephan 1701, Nachtruf C 5 Stephan 2321 u. 3503. Verantw. Redakteur: **P. Bugdahn, Altona.** - - Buchhandlung: Kaiser-Wilhelm-Straße 14/16, Fernspr. C 5 Stephan 5339. Druckereikontor: Fehlandstr. 11, I. Fernspr.: Sammel-Nr. C 5 Stephan 1831. Nachtruf C 5 Stephan 3032 und 3683.

Anzeigenpreise verstehen sich in Reichsmark, die 13gespaltene Nonpareillezeile **45** ₰. **Private Familienanzeigen 30** ₰. **Stellenangebote 35** ₰. **Stellengesuche 25** ₰. **Kleine Anzeigen** bis 9 Zeilen die Zeile **30** ₰, 10 bis 15 Zeilen die Zeile **35** ₰. **Reklamezeile 3,50** ℳ. Anzeigen müssen im voraus oder sofort bezahlt werden. **Anzeigenannahme** Fehlandstraße 11, Hochpart., Fernsprecher: Sammelnummer C 5 Stephan 1831, Nachtruf C 5 Stephan 2461 **(bis 6 Uhr abends)** in den Filialen und in allen anerkannten Anzeigen-Annahmestellen. Platz- und Datenvorschriften unverbindlich.

Nummer 330 — **Sonnabend, 29. November 1930** — **56. Jahrgang**

Mit oder ohne Artikel 48?

Die parlamentarischen Möglichkeiten sind noch nicht erschöpft!

Die Frage, ob die Reichsregierung ihr Finanzprogramm mit Hilfe des Artikels 48 in Kraft setzen oder nicht erst noch den Versuch einer parlamentarischen Mehrheitsbildung machen soll, steht zur Zeit im Mittelpunkt der politischen Diskussionen.

Daß die Sozialdemokratie den Weg der parlamentarischen Verhandlung fordert, ist selbstverständlich.

Auch Reichskanzler Brüning soll, so wird versichert, sich ernstlich für die parlamentarische Erledigung seiner Gesetzentwürfe eingesetzt haben; aber die Stimmen mehren sich, die behaupten, daß er nach den Verhandlungen mit den Parteiführern nicht mehr an die Möglichkeit einer parlamentarischen Erledigung der Gesetze glaube. Der Sozialdemokratische Pressedienst wirft aber die Frage auf, ob es nicht richtiger gewesen wäre, auf jeden Fall

einen auch nach außen hin in die Erscheinung tretenden Versuch zur parlamentarischen Erledigung der Angelegenheit zu machen.

Aus den Konferenzzimmern dringe immer nur wenig in die Oeffentlichkeit. Die Oeffentlichkeit aber habe einen Anspruch darauf, zu erfahren, welche Stellung die einzelnen Parteien zu den einzelnen Gesetzen einnehmen, und welche Gruppen ihre Sonderinteressen über die Notwendigkeit einer Sanierung der Finanzen stellen. Wolle Brüning den Parlamentarismus erhalten, so begebe er sich auf einen gefährlichen Weg, wenn er den Notverordnungsartikel in Anwendung bringe, ohne die Unmöglichkeit eines andern Vorgehens vor aller Welt offenkundig gemacht zu haben. Wörtlich heißt es dann in dem Artikel der SPD.:

„Die Sozialdemokratie vermag heute noch nicht zu sagen, wie sie sich einer vollendeten Tatsache gegenüber verhalten würde. In den Finanzgesetzen ist mancherlei enthalten, womit wir uns namentlich nach den Abänderungen, die sie durch den Reichsrat erfahren haben, einverstanden erklären könnten, und anderes, das auf unsern Widerstand stößt. Unter normalen Verhältnissen wäre die Entscheidung leicht. Aber immer wieder stehen wir vor der Alternative, ob wir auf das Recht zur Aufhebung der Verordnung verzichten oder ob wir das Kabinett stürzen und damit dem Nationalsozialismus als Partei oder als Idee die Straße zur Macht öffnen wollen.

Jedenfalls aber möchten wir schon heute mit allem Nachdruck erklären, daß wir uns

unter keinen Umständen mit einer Anwendung des Artikels 48 zur Durchführung derjenigen Gesetze einverstanden erklären können, die verfassungsändernden Charakter tragen.

Kabinett und Reichspräsident würden damit die Reichsverfassung vollständig illusorisch machen; denn es läge in Zukunft in den Händen des Kabinetts und des obersten Beamten, die Fundamente des Weimarer Werkes zu zerstören und beispielsweise mit einem Federstrich die Republik durch die Monarchie zu ersetzen."

In einem gewissen Gegensatz zum Sozialdemokratischen Pressedienst, der von einer wachsenden Wahrscheinlichkeit der Anwendung des Artikels 48 spricht, meldet das dem Wolff-Büro nahestehende Conti-Nachrichten-Büro, man glaube, aus dem Gang der Verhandlungen folgern zu können, daß

der Kanzler nicht zur Notverordnung zu greifen brauche,

um das Finanz und Wirtschaftsprogramm durchzubringen. Man rechne mit der parlamentarischen Erledigung. Wenn die Sozialdemokraten für das Finanz- und Wirtschaftsprogramm stimmten, so verfüge das Kabinett rechnerisch über eine Mehrheit von mindestens 294 Stimmen, die sich folgendermaßen zusammensetze: Sozialdemokraten 143, Zentrum 68, Deutsche Volkspartei 30, Bayrische Volkspartei 19, Demokraten 14, Christlich-Soziale 14, Deutscher Bauernbund 6; dazu kämen noch einige kleinere Gruppen wie zum Beispiel die Welfen. Das Sanierungsprogramm hätte also eine zwar nicht große, aber ausreichende Mehrheit. Der Kanzler könne sich dann darauf beschränken, auf dem Wege der Notverordnung lediglich die agrarischen Fragen zu regeln, die im Reichsernährungsministerium vorbereitet werden und eventuell auch noch

die Wünsche der Sozialdemokraten zum Krankenschein usw. in einer Abänderungs-Notverordnung zusammenzufassen.

Im Haushaltsausschuß sind, wie der SPD. berichtet, die über die Abänderung der alten Notverordnungen geführten Vorbesprechungen zwischen den Parteien, ergebnislos geblieben, weil sich namentlich die Deutsche Volkspartei auch bescheidenen Verbesserungen widersetzt. Aus diesem Umstand folgert man in politischen Kreisen, daß

die Abänderungen der Notverordnungen vom Juli, die die Regierung den Sozialdemokraten zugestehen wolle, ebenfalls durch Notverordnungen erfolgen werde, um den Widerstand der Volkspartei und der kleinen Splitter zu umgehen.

Winterbeihilfe

Von

Ad. Biedermann, M. d. R.

Als der Haushaltsausschuß des Reichstages seine Beratungen begann, lag ihm ein Antrag der Kommunisten vor, eine Winterbeihilfe an die Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentner sowie an alle Fürsorgeberechtigten aus den Mitteln des Reiches zu zahlen. Sie sollte 40 ℳ für jeden Hauptunterstützungsempfänger, 12 ℳ für jeden Unterhaltsberechtigten betragen. Jeder Empfänger von Waisenrente sollte ebenfalls 12 ℳ erhalten. Dieser Antrag kehrt seit einer Reihe von Jahren regelmäßig bei Eintritt des Winters in allen Parlamenten des Reiches, der Länder und Gemeinden wieder und ist nur diesmal um 10 beziehungsweise 20 ℳ erhöht. Weihnacht 1927 wurde dem Antrage in der Form stattgegeben, daß den Klein- und Sozialrentnern eine Beihilfe von 9 ℳ für den Hauptempfänger und 3 ℳ für das Kind gegeben wurden. Aus Reichsmitteln wurden nach einem sehr scharfen Kampfe 20 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Länder und Gemeinden ergänzten nach ihren Mitteln diese Fürsorge. Aber schon damals traten schwere Unzuträglichkeiten zutage, und in der Folgezeit sind diese Anträge wegen Mangel an Mitteln abgelehnt. Sowohl im Ausschuß wie im Plenum ist wie in Ländern und Gemeinden darum gekämpft worden.

Die Begründung war in allen Jahren dieselbe: die furchtbare Notlage der genannten Kreise. Daß diese Notlage in einem Ausmaße vorhanden ist, wie kaum einmal zuvor, ist ganz unleugbar. Dieser furchtbare Zustand liegt so offen zutage, daß jedes Reden überflüssig ist. Wer je einmal Gelegenheit hat, dort hineinzusehen, weiß, daß eine Steigerung kaum mehr denkbar ist. Wenn schon der in Arbeit Stehende nicht mehr aus noch ein weiß, wenn durch den Druck der Gesamtverhältnisse die Lebenshaltung dieser Schichten dauernd zurückgeht, um wieviel furchtbarer muß es dann dort aussehen, wo die Einkünfte nur einen Bruchteil dessen ausmachen, was der in Arbeit Befindliche an Einnahmen hat. Eine Steuererhöhung zu diesem Zwecke ist angesichts der Arbeitsmarktlage auch kaum denkbar. Diesem Uebel ist aber mit einer solchen Hilfe nicht beizukommen. Und auch die Antragsteller selbst haben dem Ausdruck gegeben, daß es nur eine kleine vorübergehende Beihilfe sei, wenn man einen solchen Zuschuß gibt. Schon damals aber war die Mittelbeschaffung nicht leicht. Das aber ist doch das Wesentlichste. Für eine solche Unterstützung muß das Geld sofort zur Verfügung stehen, wenn der Beschluß Sinn haben soll. Der Aktion hat die Sozialdemokratie 1927 zugestimmt, weil die Möglichkeit der Mittelbeschaffung bestand. Aber schon damals haben ihre Vertreter betont, daß sie ihre Kraft einsetzen wollten, um eine dauernde Verbesserung der Renten zu erzielen. Das ist im Laufe des Jahres 1928 bis 1929 auch geschehen. Die Invalidenrenten sind um 150 Millionen Mark pro Jahr hinaufgesetzt, die Krisenfürsorge ist ausgedehnt worden. Wie alle Renten und sozialen Hilfsmaßnahmen reichen diese nicht aus; aber sie haben eine Höhe, die die Betroffenen vor dem Furchtbarsten bewahrt. Wenn aber überhaupt etwas geschehen ist, dann ist das der Sozialdemokratie zu danken, die in einem jahrzehntelangem Kampf, durch Statistiken, Erhebungen und Schilderung sozialer Lagen überhaupt erst das öffentliche Gewissen wachgerufen und geschärft hat. Nur ihr ist es zu danken, wenn der Abschluß, die Arbeitslosenversicherung, die noch in jeder Form bis 1914 abgelehnt ist, eingeführt wurde. Um so alberner wirkt es, wenn bei den jetzigen Kämpfen sich die Kommunisten gebärden,

Internationale der Nationalisten

Hitlers Pariser Gegenspieler

SPD. Paris, 29. November.

Die französische Liga für Menschenrechte hatte für Freitag abend eine öffentliche Volksversammlung zur Diskussion über das Thema

„Deutschland und die Revision der Verträge"

einberufen. Die Abgeordneten Cot und Grumbach sollten in der Versammlung das Wort ergreifen. Der Saal war aber schon lange vor der Eröffnung der Versammlung von starken Abteilungen von Radautruppen der patriotischen Jugend besetzt worden. Als der Vorsitzende der Liga, Basch, die Versammlung eröffnete, stürmten die patriotischen Radaumacher auf ein Signal hin geschlossen auf den Vorstand los.

Basch wurde schwer mißhandelt

und mußte mit mehreren Verletzungen nach Hause transportiert werden. Andere Abteilungen der patriotischen Jugend gingen mit Knüppeln und Stöcken gegen friedliche Versammlungsteilnehmer vor und drängten sie aus der Tür hinaus. Von der Galerie regnete es unaufhörlich Stinkbomben in den Saal herab, bis die Luft vollkommen verpestet war. Die Polizei traf zu spät am Schauplatz ein und konnte nur noch zwei Verhaftungen vornehmen.

Hitlerfiliale Kopenhagen

Kopenhagen, 29. November. Hier wurde heute unter großen Tumultszenen eine nationalsozialistische Partei gegründet. Als Führer fungiert ein früherer Rittmeister. Die Gründungsversammlung war kaum eröffnet, als ein großer Trupp junger Kommunisten das Versammlungslokal stürmte. Der Vorsitzende der Versammlung alarmierte sofort die Polizei. Als sie eingreifen wollte, kam es zu einer heftigen Schlägerei mit den neugebackenen Nazis. Mehrere Kommunisten wurden verhaftet, zahlreiche verletzt.

Für heute abend war eine Studentenversammlung mit dem nationalsozialistischen deutschen Reichstagsabgeordneten Goebbels als Redner angekündigt. Entsprechend einer Aufforderung des Polizeidirektors hat jedoch der Studentenverein die Versammlung abgesagt.

Hitlerei bringt sich selbst um

Die Nationalsozialisten sagen, das deutsche Volk solle national erstarken, ihre Partei arbeite im Dienst dieser Idee. Wenn aber der Nationalsozialismus Exportartikel wird und jedes Land „national" aufrüstet, dann kommt es genau wie mit den Militärrüstungen: jeden Vorsprung des einen holt der andere nach, und am Verhältnis der Kräfte hat sich nichts geändert. Nur daß der Haß gesteigert, die Bestialität zum Normalzustand erhoben wird.

Internationaler Nationalismus ist ein Widerspruch in sich. Ein Völkerbund Gleichberechtigter ist das Ideal. Er rüstet ab und verbannt den Haß; dann kann allgemeines Menschenglück gedeihen.

Die Hamburger Volkszeitung gesteht ein!

Die Oberbürgermeister-Villa ein Wahlschwindel

Wahrheitsbeweis nicht versucht

Mysteriöse Gewährsmänner

Heute vormittag kam im Amtsgericht Hamburg der aufgelegte Wahlschwindel der Hamburger Volkszeitung gegen Altonas Oberbürgermeister Brauer zur Verhandlung. Bekanntlich hatte die Volkszeitung in Ihrer Ausgabe vom 2. September in dicker Aufmachung geschrieben „SPD.-Bürgermeister Brauer flüchtet aus Altona. er kauft sich eine Villa in Arosa in der Schweiz, er sichert sein Vermögen im Ausland." Gegen diese, das Ansehen des sozialdemokratischen Oberbürgermeisters und der Stadt Altona herabsetzende Behauptungen hat der Magistrat Altona Klage erhoben,

Es war kennzeichnend für die Wahrheitsliebe am Valentinskamp, daß der Rechtsvertreter des angeklagten verantwortlichen Redakteurs Demolski gar nicht erst den Versuch machte, den Wahrheitsbeweis für den Volkszeitungswahlschwindel anzutreten,

sondern gleich eingangs der Verhandlung folgende Erklärung namens seines Mandanten verlas:

„Im Wahlkampf zu der diesjährigen Reichstagswahl war der Redaktion der Hamburger Volkszeitung von verschiedenen glaubwürdigen Personen mitgeteilt worden, daß Herr Oberbürgermeister Brauer, Altona, sich eine Villa in Arosa gekauft habe. Die Ermittlungen der Hamburger Volkszeitung haben jetzt zu dem Ergebnis geführt, daß ihre Gewährsmänner irregeführt sind. Bei dieser Sachlage hält der Angeklagte Demolski und mit ihm die Hamburger Volkszeitung die Behauptung, daß Herr Oberbürgermeister Brauer sich eine Villa in Arosa gekauft und sein Vermögen im Ausland gesichert habe, daß er aus Altona flüchtete, nicht mehr aufrecht und nimmt diese Behauptung zurück."

Nur diesem kläglichen Rückzug hat es Demolski zu danken, daß er für den beispiellosen Wahlschwindel mit einem, wie der Richter selbst in seinem Plädoyer betonte, außerordentlich milden Strafmaß davonkam. Das Gericht erkannte auf 300 ℳ Geldstrafe oder 30 Tage Haft wegen formaler Beleidigung des Oberbürgermeisters Brauer. Das Urteil ist in einer Hamburger und einer Altonaer Zeitung zu veröffentlichen. Wir kommen noch eingehend auf die Verhandlung, die eine erstrangige Komödie der KPD. gewesen ist, zurück.

Albert Londres: Schwarz und Weiss [1

Ankunft in Afrika

1.

Das also war Dakar!

Dieser weiße Steinblock dort, das Palais des Generalgouverneurs.

Rechts die Insel Goree, wo die letzten Negerhändler ihre Sklaven auf einem Schiff, das den Namen „Rendu" trug, eingeschifft haben.

Die Passagiere unseres Dampfers trugen bereits Helme und weiße Kleider. Schon seit dem Vormittag hatte jeder Chinin genommen. Bald war es vorbei mit dem guten Essen und Trinken, bald konnte man nicht mehr atmen, und der Schweiß drang aus allen Poren.

Ich klügelte für mich eine Möglichkeit aus, das Taschentuch gegen ein Frottierhandtuch umzutauschen. Himmel und Meer waren wie unter Glimmer gesetzt. Die ganze Natur schien aufs äußerste gespannt. Das war Afrika, das echte, das verfluchte, das schwarze Afrika.

„Bleiben Sie bei uns!" sagte mir der Kapitän. „Dort ist das Land des Teufels!"

Ich hatte früher schon einmal in Dakar angelegt. Es war eines Nachts im heißen September. Die Hitze stieg aus der Erde, sickerte von den Mauern, fiel vom Himmel herunter. Man hatte das Gefühl, wie ein Laib Brot in den Backofen gesteckt zu werden. Eine niederdrückende Traurigkeit lastete auf der Stadt. Ich schlenderte aufs Geradewohl, ohne Hoffnung, mich verirren zu können, denn die Stadt mußte nicht sehr groß sein. Dakar, das Tor zu unserm schwarzen Reich! Was stak dahinter? Zwei Erinnerungen blieben mir von diesem ersten Kontakt: die Grammophonweisen, die im Beamtenviertel wie verbannte und verlorene Klänge Europas umherirrten, und der Speisesaal eines Hotels „Metropol", wo einige hundert Weiße, meistens junge Ansiedler, ohne Rock, ohne Weste, mit offenem Hemd über nackter Brust, sich mit wenig verführerischem Rindfleisch zu schaffen machten.

Dies waren unsere Kolonisten in Afrika!

Auf zwei andern Fahrten hatte ich in Dakar nicht anlegen können, weil dort das gelbe Fieber herrschte. Die Schiffe fuhren in großem Bogen vorbei und flohen mit Volldampf von Madeira oder den Kanarien-Inseln direkt nach Pernambuko oder Rio de Janeiro.

Grausige Zeiten!

Aber das gelbe Fieber störte Frankreich nicht in seinem sicheren Schlaf. Niemand erfuhr etwas davon. Und doch . . .

„Kommen Sie doch einmal herüber", schrieb mir jemand in einem Brief, den ich bei meiner Rückkehr vorfand, „und sehen Sie sich einmal an, was in Dakar vorgeht. Bis heute sind hundertachtundzwanzig Weiße gestorben. Wenn nur niemand etwas verlauten läßt, so kann man ruhig krepieren. Wir reservieren Ihnen einen Käfig in unserm Haus . . . Kommen Sie!"

Der Alptraum dauerte fünf Monate. Anderthalb Tote täglich. Die Frauen und Kinder waren weggeschafft worden, das war nur gerecht. Der Priester, der am Morgen eine Beerdigung vorgenommen hatte, wurde am nächsten Tage selbst, und zwar ohne die kirchlichen Ehren, verscharrt. Als die Zahl der Toten hundertundfünfzig betrug, kamen einige prominente Aerzte aus Paris an, einen Antimoskito-Apparat um die Schulter gehängt. Das gelbe Fieber wird nämlich durch einen Moskito übertragen, den man Stegomia nennt. Aber man konnte doch wirklich nicht jeden Moskito, der einen stechen wollte, zuerst fragen, ob er nicht Stegomia hieße. Diese Viecher verstehen unsere Sprache nicht. Und da kann man sich denken, was die Kolonisten für ein Gesicht schnitten, jedesmal, wenn sie sich kratzen mußten.

Vorsichtsmaßregeln wurden getroffen. Türen und Fenster mußten vergittert werden. Man durfte nur noch in seiner Hütte essen und schlafen. Von sechs Uhr an konnte niemand mehr aus dem Haus, es sei denn mit hohen Stiefeln, Stulphandschuhen und Tarnkappe versehen. Man sah nur **noch behandschuhte und vermummte Phantome durch Dakar** irren, und wenn man hinzurechnet, daß es bei hereinbrechender Nacht noch viel wärmer wurde als am Tage, kann man sich ein Bild davon machen, wie es den Abendspaziergängern in solchem Aufzug in der sogenannten Nachtkühle zu Mute war.

Hundertsiebenundsiebzig Tote, meldete die Regierung.

Ueber dreihundert! riefen die Kolonisten.

Die Wahrheit moderte unter der Erde.

Um sechs Uhr wird die Landungsbrücke heruntergelassen. Die Kolonialbeamten spüren einen kleinen Schock in der Gegend des Herzens. Denn diese Leute wissen noch gar nicht, was aus ihnen wird. Kommen sie nach Dahomey, Guinea, nach dem Sudan oder nach der Elfenbeinküste, nach Togo, der Ober-Volta oder dem Niger? Ist ihre Reise beendet oder haben sie noch zehn, zwanzig oder dreißig Tage im Auto, Frachtschiff oder Wägelchen zu reisen? Bald wird man ihr Schicksal im Schiffsgang anschlagen.

An Land.

„Hallo, Träger!"

„Träger?" ruft mir ein Passagier zu, „Sie haben wohl den Größenwahn? In Senegal sind die Neger keine Träger, sondern Wähler."

Und auf der Landungsbrücke flüsterte er mir zu:

„Jawohl, sie wählen, mein Herr! Sie wählen, und bald tanzen sie dazu!"

Adieu, Belle-Isle! Fahr hin nach Buenos Aires, und komm wieder, reich beladen mit Gefrierfleisch. Adieu, Kapitän Rousselet, alter Seebär, und wenn hier das Land des Teufels ist, so werden wir es ja schon sehen.

Auf der Landungsbrücke entstand ein Geschrei: ein Weißer und ein Schwarzer traktierten sich gegenseitig mit ihren Sandalen.

„Du schlagen?" schrie der Schwarze. „Aha, du mich schlagen? Hier nicht Frankreich, hier Senegal, verstehen du? Senegal meine Vaterland, hier bin ich zu Hause, verstehen du?"

Der Neger war gerade überrascht worden, wie er das Innere einer Kabine ein bißchen zu eingehend musterte. Der Steward hatte ihn mehr an den Füßen als an den Händen **hinausgeschleift.**

„Hier ist Frankreich", antwortete der Steward, „und wenn du noch einmal hinaufkommst . . ." Er zeigte ihm seine Sandale.

„Und wenn du herunterkommen, ich dich führen zum Kommissar, du verstehen? Hier Senegal, hier nicht Frankreich!"

Der Neger spuckte aus, als wollte er den Steward, das Schiff und sämtliche Weißen des Erdballs mit seiner grenzenlosen Verachtung bespritzen.

Es ist immer schwarz, wenn ich in diesem Negerland lande. Es war auch diesmal Nacht. Eine alte Uolof rauchte ihre Pfeife, ans Hafengitter angelehnt.

„Guten Abend", rief ich ihr zu.

„Him, him!!" antwortete sie.

„Du landest wohl?"

Ich gehe weiter. Meine Schritte dröhnen und klopfen auf dem harten Boden, sie klopfen an die Tür von Afrika.

Fortsetzung folgt.

Aus dem Inhalt

Politik und allgemeiner Teil:
Mit oder ohne Artikel 48?
Die Oberbürgermeister-Villa ein Wahlschwindel.
Winterbeihilfe.
Schinder Pilsudski braucht Erholung.
Frick — der Büttel der Entente.
Internationale der Nationalisten.
Gewalt, wohin man blickt. (3. Beilage.)
Tagesbericht:
Hitler im Frack.
Unternehmerfanfare der Wasserkante
Kunst und Wissenschaft:
Protest gegen kulturpolitischen Terror.
Feuilleton:
Oskar Wilde über Sozialismus.
Dunkle Zeiten.
Aus aller Welt.
Gewerkschaftliche Umschau:
Lohnabbau bitterer Ernst, Preisabbau ein Bluff.
Elternhaus und Schule
Film und Funk:
Remarque verfilmt.